

Gemeinden sollen Polizei «leasen»

Der Kanton möchte die Gemeindepolizeien übernehmen

BaZ 30.5.2009



Vereinheitlichung. Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro will die Polizeidienste besser koordinieren. Foto Henry Muchenberger

PETER WALTHARD

Der Gemeindepolizist soll im Dorf bleiben, künftig aber dem Kanton unterstehen: Damit möchte Sabine Pegoraro Ordnung in den Kompetenzenwirrwarr im Sicherheitswesen bringen.

Seit Wochen hatten Gemeindevertreter gerätselt, wie die Sicherheitsdirektion die Aufgaben von Kantons- und Gemeindepolizei künftig aufteilen wolle. Gestern liess die Vorsteherin Sabine Pegoraro die Katze aus dem Sack: In Zukunft sollen die Gemeindepolizisten direkt für den Kanton arbeiten. Im Gegenzug könnten die Gemeinden diese Polizisten aber «leasen»: Über eine Leistungsvereinbarung würden sie nicht nur die Dienste der Polizei einkaufen, sondern auch gleich das Personal.

So zumindest sieht es das Modell vor, welches als erstes in Liestal getestet werden soll. Die Vorteile liegen für Pegoraro auf der Hand: Die Gemeinden behalten ihre eigenen Polizisten, die der Bevölkerung vertraut sind und sich vor Ort auskennen. Doppelspu-

rigkeiten und Kompetenzüberschneidungen würden aber ausgeräumt. «Eine klassische Win-win-Situation», wie die Sicherheitsdirektorin an einer Tagung mit rund 90 Vertretern der Gemeinden erklärte.

UNKLARE DETAILS. Doch ob am Ende beide Seiten gewinnen, hängt von den Details ab – und die sind noch unklar. «Insbesondere blieben Unklarheiten über die finanziellen Auswirkungen bestehen», räumt Dieter Leutwyler, Leiter Kommunikation bei der Sicherheitsdirektion, in seinem Resümee der Tagung ein. Eng verknüpft mit dem Restrukturierungsmodell der Polizei ist die Frage, wer künftig die Bussgelder aus den Gemeinden einstreichen soll. Pegoraro spricht von rund 30 Prozent der Einnahmen, welche den Gemeinden überlassen werden könnten. Allerdings hänge dies davon ab, wie die Aufgabenverteilung genau vorgegeben werde.

Zündstoff bietet auch die Frage, wie die kleineren Gemeinden bei der Neuordnung behandelt werden sol-

len. Viele von ihnen verfügen über keine eigene Polizei, bisweilen muss der Gemeindepräsident selbst für Ruhe und Ordnung sorgen. Gleichzeitig können sie sich jedoch die Kosten für eigene Polizeidienste sparen, da die Kantonspolizei den Gemeinden rund ein Viertel ihrer gesamten Arbeitszeit zur Verfügung stellt. Diskutiert wurde deshalb auch ein Sockelbeitrag, mit dem sich die kleinen Gemeinden, die keine eigenen Polizisten «leasen» können, an den Diensten des Kantons beteiligen sollten.

ANDERE PRIORITÄTEN. Kritisch stimmen manche Gemeindevertreter aber weniger die finanziellen Auswirkungen des neuen Modells, sondern vielmehr der Verlust von Kompetenzen. «Der Kanton wird andere Prioritäten setzen als wir», sagt der Reinacher Gemeindepräsident Urs Hintermann. Konsequenzen befürchtet er etwa bei den Verkehrskontrollen. So setze die Kantonspolizei zurzeit vor allem auf den Kampf gegen Raser, was auch gut sei. In Reinach brauche man die Kont-

rollen aber, um die Einhaltung der Tempo-30-Zonen durchzusetzen. «Wir haben andere Prioritäten, und die möchten wir selbst festlegen», sagt Hintermann. Pegoraro dagegen betont, dass die Gemeinden auch mit dem neuen System das Heft in der Hand behalten würden: «Sie geben ja bestimmte Leistungen in Auftrag», gibt sie zu bedenken.

PILOTPROJEKT. Einig waren sich die Vertreter von Gemeinden und Kanton gestern in einem Punkt: Man will nichts überstürzen. Eine Arbeitsgruppe soll in den nächsten Monaten abklären, wie es weitergehen könnte. Entschieden werde vorerst gar nichts, betont Pegoraro. Das sei auch gut so, sagt Hintermann: «Vielleicht kommen wir ja zu einer ganz anderen Lösung», sagt er. Möglich sei etwa auch die Schaffung von interkommunalen Regionalpolizeien oder ein umgekehrtes Polizistenleasing: «Der Kanton könnte die Leistungen ja genau so gut bei uns Gemeinden einkaufen.»

Bis die Arbeitsgruppe zu ersten Resultaten kommt, blicken alle Beteiligten nach Liestal: Hier wollen Stadt und Kanton das neue Konzept in einem Pilotversuch testen. «Solange es keine Entlassungen gibt und die Kosten nicht steigen, halten wir das für ein gutes Modell», sagt Stadtpräsidentin Regula Gysin. Von den vier Liestaler Gemeindepolizisten wären laut Gysin wohl nur zwei vom Wechsel direkt betroffen: Jene, die über eine Ausbildung als Kantonspolizist verfügen. Die beiden anderen könnten weiterhin bei der Gemeinde angestellt bleiben und klassische administrative Aufgaben übernehmen.

Auch Hintermann findet es trotz aller Kritik gut, dass Liestal den Pilotversuch starten will: «Wir müssen jetzt schauen, wie sich das in der Praxis bewährt», sagt er.

Wichtig ist für Pegoraro: Die Diskussionen in der Arbeitsgruppe sind ergebnisoffen. Man wolle die konstruktive Atmosphäre der Tagung weitertragen, sagt sie. Auch wenn man sich in Detailfragen noch nicht einig sei, gebe es doch einen Konsens, dass die rechtliche Situation neu definiert werden müsse.